



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 20.10.2008

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:30 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Frau Stadträtin Brunner

Frau Stadträtin Buttschardt

Herr Stadtrat Dr. Compter

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Etzinger

Frau Stadträtin Förg

Herr Stadtrat Funk

Herr Stadtrat Garlin

Herr Stadtrat Gehring

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

ab TOP 3

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Späh

Frau Stadträtin Vollmer

Herr Stadtrat Weber

ab TOP 2

Herr Stadtrat Wiest

Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	ab TOP 2
Herr Falk, Tiefbauamt	
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	bis TOP 4
Herr Romer, Amt für Bildung, Betreuung u. Sport	ab TOP 7
Herr Simon, Hauptamt	ab TOP 2
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	bis TOP 6
Herr Walz, Gebäudemanagement	bis TOP 3
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

entschuldigt:

Herr Stadtrat Lemli

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Veränderung der Tagesordnung	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Sanierung öffentliche WC-Anlage Kirchplatz	189/2008 + 189/2008- 1 + 189/2008-2
4.	Bürgerversammlung am 03.11.08 Festsetzung von Termin, Ort, Zeit und Themen	194/2008
5.	Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) - geänderte Vorlage aufgrund vorwegge- nommener Satzungsänderung rückwirkend zum 01.07.2008	127/2008 - 1
6.	Quartalsbericht für das 1. - 3. Vierteljahr 2008 des Eigenbetriebs Woh- nungswirtschaft Biberach	191/2008
7.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 30.09.2008	197/2008
8.	Annahme von Spenden für das 3. Quartal	196/2008
9.1.	Verschiedenes: Straßensanierung Ulmer Straße	
9.2.	Verschiedenes: Attraktivierung der Jahrmärkte - Schreiben von Herrn Kleinknecht	
9.3.	Verschiedenes: Schülerverkehr zum Hallenbad	
9.4.	Verschiedenes: Baustelle Kolpingstraße	
9.5.	Verschiedenes: Ausschilderung Bad Waldsee	
9.6.	Verschiedenes: Fahrgastinformationssystem	
9.7.	Verschiedenes: Verzögerungen bei der Baustelle Tiefgarage Stadthalle	

Die Mitglieder wurden am 09.10.08 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen.
Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokal-
teil der Schwäbischen Zeitung am 16.10.08 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Veränderung der Tagesordnung

OB Fettback setzt Tagesordnungspunkt 3 - Wahlen bei der Feuerwehr - von der Tagesordnung ab und begründet dies damit, dass noch eine Frage offen sei und Herr Zeller sich in Valence befinde.

TOP 2 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlage 1 - 3** beigelegten Drucksachen Nrn. 189/2008, 189/2008-1 und 189/2008-2 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback spricht die in der Beratung des Bauausschusses thematisierte Unterbringung der Touristinfo an und gibt zu verstehen, man wäre froh, sie anderweitig unterbringen zu können, das Gebäude am Kirchplatz sei aber nicht der richtige Ort.

StR Kolesch bezeichnet das WC als absolut notwendig an zentraler Stelle in der Innenstadt. Dass es stark frequentiert werde, sei bekannt gewesen, dennoch sei man von der Zählung überrascht gewesen, die die Notwendigkeit unterstreiche. 262.000 € zu investieren sei eigentlich zu viel, der CDU-Fraktion falle jedoch keine Alternative ein und auch die Verwaltung habe dies erklärt. Daher müsse man die Kosten hinnehmen. Man wolle keine Abstriche an der absolut vandalismussicheren Einrichtung vornehmen und benötige auch eine geregelte Be- und Entlüftung. Er appelliert, während der Bauphase so möglich einzelne Ausführungen günstiger zu erbringen. Auch bei Handarbeiten sei eine genaue Ausschreibung möglich und ansonsten benötige man eine entsprechende Kontrolle. Gebühren wolle man keine erheben, da dies Probleme nur verlagerte und ein Widerspruch zum kostenlosen Angebot der „Netten Toilette“ wäre.

Die Touristinformation sei nicht optimal untergebracht, ein WC habe an dieser Stelle aber höhere Priorität und man wisse keine sinnvolle Alternative. Die CDU-Fraktion sei jedoch absolut offen für eine andere Unterbringung der Touristinformation. Optimal wäre eine Unterbringung im Rathaus, wobei er wisse, dass man dies vor Jahren diskutiert habe. Man hoffe auf eine schnelle Umsetzung der WC-Sanierung.

OB Fettback lässt wissen, es stünden auch andere Problemfelder zur Unterbringung an, beispielsweise die Archive. Gleichzeitig habe man Leerstände. Hier sei die Verwaltung ohnehin gefordert und in diesem Zuge könne man eventuell auch über die Touristinformation diskutieren.

StRin Kübler lässt wissen, die SPD-Fraktion habe ursprünglich schon an eine Lösung nach Variante 2 gedacht. Über den Erhalt der Wohnung habe man lange diskutiert, da dies eine soziale Kontrolle böte und man einen Hausmeister hätte. Die Argumente der Verwaltung zu einer unterirdischen Unterbringung hätten nicht überzeugt. Durch den Vorschlag zur Unterbringung der Touristinformation sei man in der Meinung bestärkt worden, dass diese anderweitig untergebracht werden müsse. Die Wohnung wäre erhaltenswert, aufgrund der Nutzung müsste es sich jedoch um eine Dienstwohnung handeln und man sei so realistisch, dass hierfür keine Mehrheit gefunden würde. Gebühren wolle man auf keinen Fall erheben, da diese Einrichtung keinen Luxus darstelle, sondern ein sympathischer Service der Stadt sei.

StR Zügel meint, man erhalte eines der teuersten Klohäuschen in Baden-Württemberg und verlöre eine Wohnung. Man dürfe sich nicht an den Gedanken gewöhnen, mit derart luxuriösen Varianten fortzufahren. Froh sei man, dass Leben in die Diskussion über die Verlagerung der Touristinformation gekommen sei. Wenn alle sich einig seien, sei dies ein Gewinn. Jede andere Stadt mit normalen Steuereinnahmen würde sich die Sanierung in dieser Art aber nicht leisten. Überzeugend sei die Argumentation, dass man ein WC benötige und keinen Ersatzstandort gefunden ha-

be. Eine unterirdische Unterbringung sei keine Alternative. Die Freien Wähler akzeptierten, auf Gebühren zu verzichten, man weise jedoch auf die Argumentation im Hauptausschuss hin, dass WCs, für die Gebühren erhoben würden, in der Regel reinlicher seien. Man akzeptiere aber die Mehrheitsentscheidung.

StR Späh führt aus, auch die Grünen seien von den hohen Kosten überrascht worden, aber angesichts dessen, was verändert werde, sei es korrekt. Man bitte aber dennoch weitere Einsparmöglichkeiten zu suchen während des Umbaus.

Angesichts von 1.000 Besuchern an Markttagen gibt er zu bedenken, eventuell doch wasserlose Urinale in Betracht zu ziehen. Ferner erbittet er nähere Ausführungen zu weiteren Damentoiletten im ersten Obergeschoss.

StR Funk meint, man habe keine Sicherheit, dass die Abluft nicht ins Nachbarhaus ziehe und dafür seien die Sanierungskosten zu hoch. Daher fände er es richtig, wenn sich alle enthalten würden. Dies stelle keine Kritik am Gebäudemanagement dar, sondern die Verwaltung habe um die Problematik gewusst und hätte früher Alternativen suchen müssen. Gebühren wolle man keine erheben. Er beantragt getrennte Abstimmung über die einzelnen Entscheidungen.

StR Keil meint, das Gebäude sei ein Schmuckstück und nicht nur eine Immobilie. Das Gebäude zeichne den Charakter der Stadt aus und sei eines der Dinge, die die Stadt liebenswert machten. Ein anderer Standort wäre für ihn lieblos.

StR Zügel stellt klar, niemand habe in der Debatte daran gedacht, dieses schmucke Häuschen in einen anderen Stadtteil zu verlegen, vielmehr sei es nur um andere Nutzungsmöglichkeiten und die Überlegung einer sparsamen Haushaltslösung gegangen.

OB Fettback warnt vor der Behauptung, es handle sich um das teuerste WC Süddeutschlands.

Herr Walz lässt wissen, wasserlose Urinale verursachten erfahrungsgemäß einen höheren Reinigungsaufwand, was die Wasserersparnis wieder aufzehre. Momentan werde zweimal täglich gereinigt, was dann nicht ausreichend wäre. Theoretisch könnten zwei zusätzliche Kabinen im ersten Obergeschoss untergebracht werden, hierfür müsste aber das gesamte Treppenhaus umgestaltet werden, was einen sehr hohen Aufwand verursachte. Überdies wären die Kabinen schlecht einsehbar und die Vandalismusgefahr dort größer.

Anschließend stimmt der Gemeinderat über die einzelnen Beschlüsse ab.

Der Innensanierung nach Variante 2 wird bei 4 Enthaltungen (StRe Braig, Brunner, Funk, Kapfer) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Der Dachsanierung wird einstimmig zugestimmt.

Der Aufhebung des Sperrvermerks und der Mittelbereitstellung insgesamt wird bei vier Enthaltungen (StRe Braig, Brunner, Funk, Kapfer) zugestimmt.

Dem Verzicht auf eine Gebührenerhöhung wird einstimmig zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Der Innensanierung der WC-Anlage Kirchplatz wird wie in Variante 2 in Drucksache Nr. 189/2008 dargestellt mit Kosten in Höhe von brutto 262.600 € zugestimmt.

Der notwendigen Dachsanierung für 15.000 € wird zugestimmt.

Der Sperrvermerk auf HHStelle 2.7650.940000.3-100 in Höhe von 250.000 € wird aufgehoben. Der darüber hinausgehende Mittelbedarf in Höhe von 27.600 € wird überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Auf eine Gebührenerhebung wird verzichtet.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 194/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 06.10.08.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Am 3. November 2008 findet um 19 Uhr in der Aula des Wieland-Gymnasiums eine Bürgerversammlung zum Thema „Sicherheit in der Stadt Biberach“ statt.

TOP 5 Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) - geänderte Vorlage aufgrund vorweggenommener Satzungsänderung rückwirkend zum 01.07.2008 127/2008 - 1

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügte Drucksache Nr. 127/2008-1 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung erfolgte im Hauptausschuss am 09.10.08. Dabei wurde empfohlen, Flippergeräte von der Vergnügungssteuer auszunehmen.

Frau Leonhardt macht auf eine weitere erforderliche Änderung aufmerksam. Zu § 7, Abs. 1, Ziffer 5 gebe es ein neues Urteil, weshalb man 270 € durch 210 € und 90 € durch 70 € ersetzen müsse.

StR Abele trägt vor, jetzt beschließe man den zweiten Teil der Vergnügungssteuersatzung, da man bereits vor Schützen die ersten Weichenstellungen getroffen habe. Es sei in Ordnung, eine Lenkungsfunktion mit der Satzung auszuüben. Sie sei nachvollziehbar. Man hoffe, dies sei juristisch abgesichert. Durch die Veränderung sei ein großer Verwaltungsaufwand zu erwarten, worauf man in der Vorberatung hingewiesen habe, da diese Klientel nicht sehr kooperativ sei. Eine zusätzliche Stelle werde hierfür jedoch nicht genehmigt. Man hoffe, durch die Erhöhung keine weiteren Spielhallen zu verzeichnen.

StRin Kübler meint, wenn auch Flippergeräte von der Steuer befreit würden, seien die höheren Steuersätze gut zur Ausübung der Lenkungsfunktion und ein richtiges Signal.

StR Zügel gibt zu verstehen, den Freien Wählern sei der mahnende Zeigefinger etwas zu ausgeprägt. Man habe keinen Anlass, die Bürger mehr an die Hand zu nehmen als die Nachbargemeinden Ravensburg und Ehingen. Das neue Besteuerungsmodell habe vor Gericht noch keinen Bestand bewiesen, weshalb man die Veränderung als zu früh erachte und nicht zustimmen werde.

OB Fettback stellt klar, man erhöhe die Sätze nicht gegenüber dem Ist-Zustand, habe sich aber schon vorher an oberster Stelle der Steuersätze befunden. Die Umstellung diene im wesentlichen der Rechtssicherheit.

StR Späh bringt vor, die Grünen stünden zum Lenkungscharakter und zur Steuerhöhe. Die Einnahmenerhöhung bei den Spielhallen zeige, dass die Spielmöglichkeiten wesentlich vermehrt worden seien und keine Erdrosselung stattfinde, sondern die Lenkungsfunktion wichtig sei. Steuerbefreiungen seien enthalten.

StR Funk meint, bei Steuersätzen müsse man sich an anderen Städten orientieren, was nicht gegeben sei. Daher sei die FDP dagegen, da dies ein falsches Signal darstellte.

StR Kolesch lässt wissen, er habe eine von der Fraktion abweichende Meinung und halte es für falsch, einen neuen Weg einzuschlagen. Die Steuersätze in Biberach seien schon immer prohibitiv hoch gewesen, was von allen mitgetragen worden sei. Bei der letzten Satzungsänderung könne er sich nicht an Gegenstimmen erinnern. Auch er könne die Steuersätze mittragen. Die Umsetzung erscheine ihm aber zu umständlich. Eine monatliche Umsatzkontrolle sei ein Ding der Unmöglichkeit. Er plädiere daher dafür, bei der Pauschalierung zu bleiben oder die Entwicklung der Rechtsprechung abzuwarten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 8 Nein-Stimmen (StRe Braig, Dr. Compter, Förg, Funk, Goeth, Rieger, Vollmer, Zügel), 2 Enthaltungen (StRe Garlin, Kolesch) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung), in die die vorgetragenen Änderungen eingearbeitet wurden, wird beschlossen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 191/2008 zur Information vor.

StR Dullenkopf stellt klar, es handle sich nicht um einen Quartalsbericht, weshalb er auch nicht als solcher bezeichnet werden sollte, sondern als Zwischenbericht für das erste bis dritte Quartal. Die Beispiele der energetischen Sanierung hätten gut gefallen, es sollte aber auch aufgeführt werden, wann sich die Investitionen amortisiert hätten.

StRin Kübler begrüßt ebenfalls die energetischen Sanierungen, die fortgesetzt werden sollten. Sorge bereite die Zunahme Wohnungssuchender. Hier bestehe Handlungsbedarf. Sie fragt, ob die Verwaltung konkrete Überlegungen habe.

StR Zügel bringt vor, die Freien Wähler nähmen den Bericht mit Freude zur Kenntnis.

StRin Brunner fände eine Kostenaufschlüsselung bei den Sanierungsmaßnahmen sowie eine Darstellung der Verbrauchskosten vor und nach der Sanierung wünschenswert. Diese Zahlen könnten dann auch der Baugenossenschaft und Privaten zur Verfügung gestellt werden.

OB Fettback hält entgegen, dies sei eigentlich Aufgabe der Energieagentur.

StR Funk fragt, ob man für das zweite Quartal auch einen Bericht erhalten habe, was OB Fettback verneint.

StR Funk wirft die Frage auf, wie die Gerechtigkeit unter allen Mietern, die wichtig sei, sichergestellt werde.

EBM Wersch gibt zu verstehen, objektbezogen sei sie gegeben. Man könne keine Mietberechnung über alle Objekte durchführen. Strategische Fragen zum Wohnungsbedarf, dem Umgang mit den Beständen, die nicht genau ins Portfolio passten und ähnliches seien noch nicht so weit gediehen. Die Wohnungssituation insgesamt sei jedoch stabil.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 197/2008 zur Information vor.

OB Fettback trägt vor, man befinde sich nach wie vor auf hohem Niveau und gehe davon aus, dass die Finanzkrise sich 2008 noch nicht im Haushalt niederschlage.

StR Funk spricht die Gewerbesteuerentwicklung im zweiten Quartal an, die damals 13,45 Mio. € brutto betragen habe und jetzt schon bei 22 Mio. € liege. Er wirft die Frage auf, wie hoch die Summe wohl im vierten Quartal sein werde und fragt, ob es Betriebsprüfungen bei großen Firmen gegeben habe. Er bittet um Erläuterung des Grundstückserlasses aufgrund Ertragsminderung und erkundigt sich nach den Ablösebeiträgen für Kfz-Stellplätze in der absoluten Summe. Die angesprochenen 6 Mio. € Eigenkapitalerhöhung für die Stadtwerke Biberach habe die FDP immer thematisiert. Er spricht die Finanzkrise und hier die Geldanlagen an und gibt zu verstehen, die FDP stehe für Transparenz. In einem Interview in der Schwäbischen Zeitung habe die Verwaltung erklärt, das Geld sei sicher. Seines Erachtens benötige man jetzt mehr Informationen. Die Geldanlagen würden nur einmal im Jahr im Rechenschaftsbericht aufgelistet, der immer sehr zeitversetzt vorgelegt werde. Dies sei für den Gemeinderat als Kontrollorgan nicht ausreichend. Er könnte sich vorstellen, alle Geldanlagen im Haushaltsplan aufzulisten, zumindest die ohne festen Zinssatz. Für die FDP sei das Geld erst dann wieder sicher, wenn man es auf dem Konto habe.

OB Fettback stellt klar, man habe nicht erklärt, dass das Geld sicher sei, sondern dass man es nach den für alle Städte geltenden Kriterien angelegt habe, wonach man davon auszugehen habe, das Geld sei sicher angelegt. Es sei durch die deutschen Sicherungssysteme abgesichert. Man habe nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Überdies sei die Stadt Teil des Systems und niemand könne derzeit sagen, ob in einigen Monaten die Sicherungssysteme noch greifen würden. Sollte dies nicht der Fall sein, sei nichts mehr sicher. Man sei als Stadt auch verpflichtet, das Geld anzulegen, wenn man den Haushaltsgrundsätzen folge und könne es nicht in den Sparstrumpf stecken.

Es wird applaudiert.

EBM Wersch fügt an, man habe völlig unterschiedliche Geldanlagen mit unterschiedlichen Laufzeiten. Viele seien nur kurzfristig angelegt. Eine Veröffentlichung sei daher nicht möglich. Die deutliche Anpassung der Gewerbesteuer im dritten Quartal habe ihn überrascht und er gehe von keiner ähnlichen Entwicklung für das dritte Quartal aus. Er gehe davon aus, dass Berichtigungen bei Unternehmen erfolgt seien. Mit der Finanzkrise habe dies nichts zu tun. Betriebsprüfungen spielten nur eine untergeordnete Rolle.

Frau Leonhardt lässt zum Grundsteuererlass wissen, hier habe sich die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes geändert. Die Höhe der absoluten Stellplatzlösesumme müsse sie nachliefern.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 196/2008 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen 1 und 2 von Drucksache Nr. 196/2008 aufgeführten Spenden werden angenommen.

TOP 9.1 Verschiedenes: Straßensanierung Ulmer Straße

StR Wiest spricht die Straßensanierung in der Ulmer Straße/Abzweigung Birkendorfer Straße an. Diese habe zu Aufregung geführt, da der Umleitungsverkehr stündlich wechsle und es zu Konflikten mit dem Schülerverkehr komme. Eventuell sollte ein Beamter des Vollzugsdienstes platziert werden.

OB Fettback dankt für den Hinweis.

TOP 9.2 Verschiedenes: Attraktivierung der Jahrmärkte - Schreiben von Herrn Kleinknecht

StR Späh spricht ein Schreiben von Herrn Kleinknecht zur Attraktivierung der Jahrmärkte an und gibt zu verstehen, die Grünen stünden zu den Jahrmärkten und hätten sich im Gemeinderat deutlich positioniert.

Es was später in der Sitzung meldet sich StR Kolesch unter Verschiedenes ebenfalls zu diesem Thema und gibt zu verstehen, man habe nie von einer Abschaffung der Jahrmärkte gesprochen. Vielmehr gehe es um deren Attraktivierung. Ärgerlich sie insbesondere gewesen, dass die Verwaltung nicht gehandelt habe, obwohl sie seit zwei Jahren hierzu einen Auftrag habe. Die Anfrage des Gemeinderats hierzu sei nie beantwortet worden. Dass die Jahrmärkte einen Attraktivitätsverlust erlitten hätten, sei vom Vorsitzenden des Schaustellerverbandes bestätigt worden. Die Schausteller seien sehr an einer Weiterentwicklung interessiert und Ideen hierzu seien vorhanden.

OB Fettback erwidert, ob noch 2008 ein Konzeptvorschlag vorgelegt werde sei offen. Man müsse verwaltungsintern noch das Umfrageergebnis besprechen.

TOP 9.3 Verschiedenes: Schülerverkehr zum Hallenbad

StR Funk bemerkt, er habe gehört, diverse Busse würden von den Schulen zum Hallenbad eingesetzt. Er fragt, um welche Schulen es sich handle, wer dies beschlossen habe und warum der Gemeinderat nicht informiert worden sei.

OB Fettback erwidert, den Sachverhalt habe man im Rahmen der Beschlussfassung erörtert und es sei klar gewesen, dass zusätzlicher Schülerverkehr erforderlich werde. Die Schulen hätten aus diesem Grund auch überlegt, Doppelstunden einzuführen. Im übrigen habe es auch schon zum alten Standort Schülerverkehre gegeben.

StR Dullenkopf ruft in Erinnerung, die Rektoren Dr. Wulz und Hummler hätten im Ratssaal erklärt, dass beide Gymnasien keinen Schülerverkehr zum Hallenbad benötigten. Sollte sich dies geändert haben, müsse der Gemeinderat informiert werden.

TOP 9.4 Verschiedenes: Baustelle Kolpingstraße

StR Dullenkopf bringt vor, die Kolpingstraße sei gesperrt und ein Durchfahrtsverbotsschild aufgestellt. Gleichzeitig sei jedoch ein Schild platziert worden, wonach die Tiefgaragenzufahrt frei sei. Falls mit diesem Schild zum Ausdruck gebracht werden solle, dass der Baustellenverkehr frei sei, müsse dies entsprechend ausgeschildert werden, denn die aktuelle Ausschilderung sei irreführend und werde von vielen anders verstanden.

TOP 9.5 Verschiedenes: Ausschilderung Bad Waldsee

StR Dullenkopf bringt vor, er habe vor über einem halben Jahr dem Ordnungsamt mitgeteilt, dass die Ausschilderung nach Bad Waldsee am fünften Ast im Jordanverkehr ärgerlich sei. Man werde hier teilweise falsch geleitet. Nach Auskunft des Ordnungsamtes bestehe das Regierungspräsidium auf diese Ausschilderung, was seines Erachtens nicht sein könne. Er wolle die Begründung hierfür wissen.

OB Fettback **sagt** eine Antwort **zu**.

TOP 9.6 Verschiedenes: Fahrgastinformationssystem

StR Abele spricht das Fahrgastinformationssystem an und lässt wissen, er habe gemeinsam mit MdB Romer ein Schreiben an Herrn Medorn verfasst, worauf mittlerweile eine Antwort vorliege. Er zitiert aus diesem Schreiben, wonach bereits im April 2008 ein Gespräch mit dem Baudezernat stattgefunden habe. Ferner werde dargelegt, dass eine Verknüpfung mit dem Internet nicht realisierbar sei, da Züge anderer Eisenbahnverkehrsunternehmen nicht abgebildet würden. Diese Aussage greife seines Erachtens nicht, da seines Wissens keine anderen Unternehmen in Biberach im Einsatz seien. Herr Medorn weise auf ein System hin, das im Rems-Murr-Kreis getestet werde. Gemeinsam mit MdB Romer habe er eine Erwiderung an Herrn Medorn geschickt, worauf noch keine Antwort erfolgt sei. Man müsse das weitere Vorgehen nun mit der Verwaltung abstimmen.

OB Fettback dankt für das Engagement.

TOP 9.7 Verschiedenes: Verzögerungen bei der Baustelle Tiefgarage Stadthalle

StR Kolesch spricht den Bericht in der Schwäbischen Zeitung zu Verzögerungen bei der Baustelle Tiefgarage Stadthalle an und äußert die Bitte, künftig als Gemeinderat und Aufsichtsrat Derartiges nicht aus der Zeitung erfahren zu müssen. Die Anfrage der Schwäbischen Zeitung sei wohl kurzfristig gewesen, die Verwaltung hätte aber immer noch die Möglichkeit gehabt, den Gemeinderat zeitgleich zu informieren.

Das größte Ärgernis sei jedoch die Sperrung der Kolpingstraße und man müsse alles daran setzen, dass die Baustelle wie zugesagt zum Ende der Woche abgeschlossen sei, damit wenigstens wieder auf dem Ring der normale Verkehr fließen könne. Besonders problematisch sei, dass parallel eine Baustelle auf der Ulmer Straße sei. Er meint, derartiges sollte besser koordiniert werden.

Zu den Verzögerungen in der Tiefgarage benötige man eingehende Informationen, was passiert sei. Man müsse dem nachhaltig nachgehen und entsprechende Regressansprüche stellen.

OB Fettback lässt wissen, die Baustelle in der Ulmer Straße sei ohne Information der Stadtverwaltung vom Land begonnen worden.

Zur Tiefgarage Stadthalle habe man erst einige Tage vor der Anfrage der Schwäbischen Zeitung die Hiobsbotschaft erhalten. Dabei habe er Herrn Urbano um ein Hand-Out zum Sachstand gebeten. Der Sachverhalt müsse aufgearbeitet werden, bis dato sei aber die Ursache für die Verzögerung nicht klar. Ein Stückweit stelle sich auch der Zweckoptimismus als falsch heraus und es habe Kommunikationsmängel gegeben. Viele Fragen seien noch offen, weshalb an den Gemeinderat noch keine Information möglich sei. Er kündigt dies für die nächste Sitzung des Bauausschuss an.

BM Kuhlmann bemerkt zur Baustelle Kolpingstraße, man befinde sich im Zeitplan und bis zum 02.11.08 solle die Baustelle abgewickelt sein.

Gemeinderat, 20.10.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann